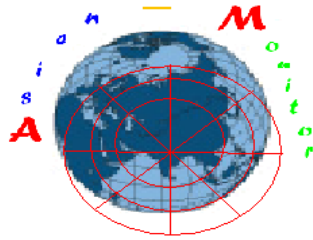




WESTFÄLISCHE
WILHELMS - UNIVERSITÄT
Institut für Politikwissenschaft
Professur für die Politik Südasiens



ASIEN-MONITOR 1/2007

Aus aktuellem Anlass veröffentlicht die Professur für die Politik Südasiens am Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster unter der Leitung von Frau Prof. Dr. Susanne Feske erstmals den ASIEN-MONITOR. Der ASIEN-MONITOR wird regelmäßig aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen in Asien analysieren und bewerten und dabei auf die in Münster versammelte Expertise (Politikwissenschaft, Ethnologie, Geschichte, Sinologie) zurückgreifen.

Der „birmanische Herbst 2007“?

In Birma, das seit 1962 von einer autoritären Militärdiktatur regiert wird, protestieren buddhistische Mönche gegen die Staatsmacht. Ungeachtet des Verbots der Militärregierung haben sich in Rangun mehrere tausend Menschen zu Protestmärschen versammelt. Zwei Punkte verdienen dabei besondere Aufmerksamkeit: die Rolle des *Theravada*-Buddhismus im politischen Leben Birmas und die zentrale Bedeutung Chinas als wichtigster Verbündeter Ranguns.

Die Rolle des Theravada-Buddhismus

Nicht erst seit der „safranfarbenen Revolution“ spielen buddhistische Mönche in Birma eine starke politische Rolle. Die Ursprünge des politischen Engagements der Mönche reichen weit in die birmanische Geschichte zurück. Der in Birma vorherrschende eher orthodoxe *Theravada*-Buddhismus hält an den ursprünglichen Lehren Buddhas fest, die auf individuelle Erlösung abzielen. Eine Möglichkeit, Schritte in Richtung Erlösung zu tun, ist die Spende von Almosen an die Mönche. Im vorkolonialen Birma (ab etwa 300 n. Chr.) diente die buddhistische Religion der Legitimation politischer Herrschaft. Die birmanischen Herrscher demonstrierten in den frühen Königreichen die Rechtmäßigkeit ihrer Macht, in dem sie Pagoden errichten ließen, die buddhistischen Orden mit großzügigen Spenden bedachten und so ihre Herrschaft als Teil einer „göttliche Ordnung“ darstellten.

Im 19. Jahrhundert begannen buddhistische Mönche in Birma, sich kritisch mit dem Einfluss der britischen Kolonialherren auseinander zu setzen. Vereinigungen junger, politisch aktiver Mönche bildeten damals die Keimzelle des birmanischen Nationalismus, der schließlich zur Unabhängigkeit Birmas führte. Unter Birmas erstem Premierminister U Nu sollte der Buddhismus als einigende Kraft die staatliche Zentralgewalt stärken. Die Regierung förderte dazu in den 1950er Jahren massiv den birmanischen Buddhismus. Nach dem Staatsstreich von General Ne Win 1962 wurden die von U Nu erlassenen Religionsgesetze jedoch rückgängig gemacht. Mönche sind seitdem vom aktiven und passiven Wahlrecht ausgeschlossen, politische Mönchsvereinigungen wurden verboten. Doch nach wie vor soll das Bekenntnis der Generäle zum Buddhismus der Militärjunta Legitimität bei der Bevölkerung ver-

schaffen. Während Birma zunehmend verarmt und sich außenpolitisch isoliert, nehmen hochrangige Militärs an buddhistischen Zeremonien teil, bauen Pagoden und fördern Mönchsorden durch finanzielle Zuwendungen. Indem sich die Militärs in die Tradition der vorkolonialen birmanischen Könige stellen, entsprechen sie den jahrhundertealten traditionellen Vorstellungen von rechtmäßiger politischer Herrschaft in Birma. Die Weigerung der Mönche, die Spenden der Machthaber anzunehmen, stellt also eine wichtige Quelle innenpolitischer Legitimität in Frage und rüttelt somit an den Grundpfeilern der Herrschaftsstrukturen in Birma.

Die Rolle der VR China

China hat in dieser Situation ein Problem. Es will seine strategischen, wirtschaftlichen und politischen Interessen in Birma nicht aufs Spiel setzen, andererseits ist es auf der internationalen Bühne um Prestige und Ansehen bemüht. Die Volksrepublik China unterhält langjährige gute wirtschaftliche Beziehungen zur Militärjunta in Birma und unterwandert somit trotz westlicher Kritik die internationalen Sanktionen. China ist inzwischen nicht nur der wichtigste Handelspartner Birmas, sondern trägt auch zur Modernisierung und quantitativen Aufstockung der birmanischen Streitkräfte bei. Dieser Kooperation liegen Chinas geostrategischen Interessen zugrunde. Die Volksrepublik ist an den reichen Öl- und Gasvorkommen und an einem günstigen strategischen Zugang zum Indischen Ozean interessiert, der die Energietransportwege aus dem Persischen Golf absichert. China nutzte die internationale Isolierung Birmas, um in den Öl- und Gasmarkt einzusteigen und Investitionen zu tätigen. Die drohende Instabilität in dem südostasiatischen Land bei einem Bürgerkrieg gefährdet also die wirtschaftlichen und strategischen Absichten der pragmatischen Volksrepublik.

Die EU und die USA haben mit wirtschaftlichen und politischen Sanktionen schon alle Möglichkeiten ausgereizt, Einfluss auf den politischen Kurs der Militärjunta zu nehmen. Als größter Geldgeber stellt sich die Volksrepublik somit als das einzige Land dar, das jetzt noch einen Kurswechsel in Rangun herbeiführen kann. China, das seit dem Tian'An Men Vorfall selbst in der Kritik von Menschenrechtsorganisationen steht, sieht sich hier einem außenpolitischen Dilemma gegenüber: Einerseits ist China nicht an einer Demokratisierung Birmas interessiert, andererseits ist es um sein internationales Ansehen insbesondere im Hinblick auf die prestigeträchtigen Olympischen Spiele 2008 bedacht. Die weitere Blockade von Birma-Resolutionen im UN-Sicherheitsrat könnte Chinas eigene prekäre Menschenrechtssituation wieder in den Vordergrund rücken. Doch entgegen der landläufigen Meinung stehen die Olympischen Spiele nicht im Vordergrund der Überlegungen. China scheint sehr genau zu wissen, dass kein Staat aufgrund chinesischer Zurückhaltung seine Teilnahme bei den Spielen absagen wird. Die chinesische Regierung hat die Möglichkeiten ein weiteres Vorgehen der Militärs gegen die Demonstranten zu verhindern. Vermutlich wird sie aber nach dem traditionellen Prinzip der Nichteinmischung abwarten bis das birmanische Militär die Lage mit Waffengewalt wieder unter Kontrolle hat.

AUTOREN:**Prof. Dr. Susanne Feske, ifpol**

Prof. Dr. Susanne Feske ist Professorin für die Politik Südostasiens am Institut für Politikwissenschaft der Uni Münster. Susanne Feske leitet zusammen mit Prof. Dr. Josephus Platenkamp vom Institut für Ethnologie die Forschungsgruppe „Transformation & Konflikt“ an der Graduate School of Politics. Ihre Forschungsschwerpunkte sind China und Südostasien, japanische Außenpolitik, Rüstung und Rüstungskontrolle in Asien sowie die Theorien der Internationalen Beziehungen.

Katharina Glaab, ifpol

Katharina Glaab hat Politikwissenschaft, Sinologie und Geschichte in Münster und Peking studiert und forscht zu China und Ostasien, Energie- und Sicherheitspolitik.

Stephan Engelkamp, ifpol

Stephan Engelkamp hat Politikwissenschaft, Geschichte und Kommunikationswissenschaft in Münster und Straßburg studiert und promoviert an der Graduate School of Politics Münster zu traditionellen Herrschaftskonzepten in Südostasien.

KONTAKT:

WESTFÄLISCHE WILHELMS-UNIVERSITÄT MÜNSTER

INSTITUT FÜR POLITIKWISSENSCHAFT

Scharnhorststraße 100, 48151 Münster

Sekretariat: (0251) 83 - 29357

Durchwahl: (0251) 83 – 25319, Telefon (privat): (0251) 2652068

Email: feske@uni-muenster.de

Internet: www.ifpol.de und www.uni-muenster.de/GraSP/forschung/gruppen/transformation.html